

PROTOKOLL

über die 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 03.06.2013 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 22:20 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend:
(27 Mitglieder)

(Tagesordnung: siehe Blatt 2)

Ursula Einhoff
Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Torsten Hahn
Petra Kremer
Oliver Herbert
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Achim Saßmannshausen
Dr. Dirk Schneider
Lutz Sierach
Elke Steppan
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Barbara Feige
Matthias Feige

es fehlten: Stephanie Rotter - entschuldigt
Erland Kalbhenn - entschuldigt
Christoph Preiser - entschuldigt
Roland Gosebruch - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Herbert Porth
Erhard Reiter

es fehlte: Kai Rauscher - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen
- (2) ÖPNV Niddatal - Aufhebung des Beschlusses vom 20.03.2013 und Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben (es erfolgt Tischvorlage)
- (3) Betreuungsschule Mäusezahn
 - a) Beschluss eines Pachtvertrages zur Anmietung von Räumlichkeiten
 - b) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit Mäusezahn e.V.
(Bericht aus HuF und ggf. Tischvorlage)
- (4) Haushalt 2013 - Beschlussfassung über:
 - a) Ergebnishaushalt
 - b) den Investitionshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung
 - c) den Stellenplan
 - d) das Haushaltssicherungskonzept
 - e) die Haushaltssatzung 2013
(Bericht aus HuF und ggf. Tischvorlage)
- (5) Beschluss einer Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei (Vorlage-Nr. 24 + 24a/2013)
- (6) Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Jahre 2014 bis 2018 (Vorlage-Nr. 25/2013)
- (7) Bebauungsplan I 11 „An der Steinkaute“ Niddatal, Stadtteil Ilbenstadt
 1. Bauabschnitt
 - a) Beratung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen und Beschlussfassung hierzu
 - b) Beschluss des Entwurfes zur Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB (Vorlage-Nr. 23a/2013)
- (8) Baugebiet I 8 „Burg-Gräfenröder-Straße“ Niddatal, Stadtteil Ilbenstadt
 - a) Erweiterung des Baugebietes
 - b) Aufstellung eines Bebauungsplanes (Vorlage-Nr. 26a/2013)
- (9) Einbeziehungssatzung „Bitzgärten“ Niddatal, Stadtteil Bönstadt
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu
 - b) Satzungsbeschluss (Vorlage-Nr. 27a/2013)
- (10) Erste Änderung des Bebauungsplanes A 7 „Am Amalienschloß“ Niddatal – Assenheim
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu
 - b) Beschluss des Entwurfes zur erneuten Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB in Verbindung mit § 4a (3) BauGB (Vorlage-Nr. 28a/2013)
- (11) Neunte Änderung des Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“ Niddatal - Assenheim Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 291/2013)

- (12) Antrag der SPD-Fraktion
Jugendtreff Assenheim (Vorlage-Nr. 31/2013)
- (13) Antrag der SPD-Fraktion
Verkehrsberuhigung Altenstädter Straßen (Vorlage-Nr. 32/2013)
- (14) Antrag der SPD-Fraktion
Verkleinerung des Stadtparlaments (Vorlage-Nr. 33/2013)
-

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 22. Sitzung am 29.04.2013 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Zu dem später versandten Nachtrag zum Protokoll der 22. Sitzung werden ebenfalls keine Einwände erhoben und somit gilt dies auch als beschlossen.

Der Stadtverordnetenvorsteher hat mitgeteilt:

Die Stadt Niddatal trauert um

Karl Klein
Ehrenbürger und Ehrenbürgermeister
Träger des Bundesverdienstkreuzes

der am 31. Mai 2013 im 89. Lebensjahr verstorben ist.

1952 wurde der Verstorbene in der Assenheimer Kommunalpolitik aktiv, nacheinander als Stadtverordneter, Beigeordneter und Erster Beigeordneter.

Von 1964 bis 1984 war er zwanzig Jahre lang hauptamtlicher Bürgermeister, zuerst von Assenheim, dann seit 1971 von Niddatal. Dabei hat er ein dauerhaftes Lebenswerk hinterlassen: die Stadt Niddatal mit ihren Ortsteilen Assenheim, Bönstadt, Ilbenstadt und Kaichen. Bei seinem Ausscheiden 1984 wurde der „Baumeister der Stadt“ deswegen Ehrenbürgermeister von Niddatal.

Mit Karl Klein verliert die Stadt Niddatal einen außerordentlich engagierten und überaus verdienstvollen Kommunalpolitiker, der im gleichen Maße wegen seiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung, wie auch aufgrund seiner offenen, sozialen und hilfsbereiten Art allseits größte Wertschätzung und Achtung erfuhr.

Wer ihn gekannt hat weiß um seine starke Persönlichkeit und sein großes Engagement bei Ausübung all seiner ehrenamtlichen Tätigkeiten, die auch im Vereinsleben deutlich spürbar waren.

Mit den Angehörigen betrauert die Stadt Niddatal das Ableben ihres Ehrenbürgers und Ehrenbürgermeisters und verdienstvollen Mitbürgers. Wir werden seine Verdienste und seine Leistungen um die Stadt Niddatal stets in großer Dankbarkeit in Ehren halten.

Nach einer Ehrenbezeugenden Schweigeminute hat der Stadtverordnetenvorsteher den TOP (1) aufgerufen.

(1) **Mitteilungen**

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates, und zwar die Bekanntgabe von zwei Terminen:

- Die Veranstaltung der MiEG am kommenden Mittwoch, 05.06.2013 im Feuerwehrgerätehaus Bönstadt (Beginn 19:30 Uhr).
- Den „Ersten Spatenstich“ für das Wohn- und Pflegeheim in Assenheim, Zuseweg 1, am 07.06.2013 (Beginn 11:00 Uhr).

Zu beiden Veranstaltungen sind alle Mitbürger herzlich eingeladen.

Michael Hahn bezieht sich auf seine bereits per Mail eingereichten Fragen betreffend Feuerwehrgerätehaus Bönstadt: Wann hat der Magistrat die Installation der Photovoltaikanlage entschieden, gibt es hierfür einen Vertrag mit der MiEG, welche Vereinbarungen wurden schon getroffen ?

Der Bürgermeister räumt mit seiner Stellungnahme ein, dass der Magistrat über die Vorgehensweise der MiEG ebenso verwundert war und schon reklamiert hat, dass hier ohne vorherige Absprache eigenmächtig gehandelt wurde. Es wurde bisher im Magistrat lediglich der Beschluss gefasst, diese Anlage installieren zu lassen, aber eine Mitgliedschaft bzw. ein entsprechender Vertragsabschluss sei noch nicht erfolgt. Jetzt im nachhinein den Rückbau dieser Anlage zu fordern und womöglich eine gerichtliche Auseinandersetzung herbeizuführen, darauf möchte man es nicht ankommen lassen.

Der Erste Stadtrat Kurt Meisinger teilt aus der letzten Zusammenkunft des **Regionalverbandes FrankfurtRheinMain** folgendes mit:

In der Sitzung der Verbandskammer am 08.05.2013 stand u.a. auf der Tagesordnung die „Erste Änderung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Niddatal - Stadtteil Assenheim, für das Gebiet A „Seniorenheim“ und Gebiet B „Im kleinen Feld“. Nach dem Beschluss der Offenlegung wurde nun die Änderung in dem FNP einstimmig beschlossen.

**(2) ÖPNV Niddatal - Aufhebung des Beschlusses vom 20.03.2013
und Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben**

Bürgermeister Dr. Hertel sagt zu Beginn seiner Ausführungen, dass die heutige Tischvorlage leider nicht früher zugestellt werden konnte, da der schon mehrfach angefragte Bescheid über die Erhöhung der finanziellen Zusage noch nicht vorliegt. Uns wurde bis jetzt nur eine mündliche Zusage gegeben, dass der Antrag wie eingereicht auch genehmigt wird. Vor diesem Hintergrund haben wir unter Vorbehalt der noch ausstehenden schriftlichen Zusage den Beschlussvorschlag vom 20.03.2013 aufgehoben und neu formuliert, den wir heute zur Abstimmung stellen:

Der Beschluss vom 20.03.2013 wird aufgehoben.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 17.500 Euro für die Restfinanzierung der Buswarteallen und verpflichtet sich im Rahmen der Selbstbindung, diese Mittel im Haushalt 2013 einzustellen. Dies unter dem Vorbehalt, dass dem Erhöhungsantrag vom 26.03.2013 vom Zuwendungsgeber stattgegeben wird.

Der Bürgermeister erläutert noch einmal die Zusammenhänge und den damit verbundenen Finanzbedarf.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag wie vorgenannt seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

(3) Betreuungsschule Mäusezahn

a) Beschluss eines Pachtvertrages zur Anmietung von Räumlichkeiten

b) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit Mäusezahn e.V.

- Reinhard Schwarz hat sich an der Diskussion und Abstimmung zu diesem TOP nicht beteiligt -

Gerhard Einhoff berichtet, dass über diesen TOP in der letzten HuF Sitzung gesprochen wurde. Nach Abschluss der Debatte wurde mit folgendem Ergebnis abgestimmt: 3 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung = somit keine Empfehlung aus dem HuF.

Der Bürgermeister bezieht sich zu Beginn seiner Ausführungen auf die vorgenannte Sitzung des HuF und dass es im Anschluss daran einen regen Schriftwechsel mit den beteiligten Stellen (Parlamentariern, Betreuungsschule, Herrn Werner) gegeben hätte. Bestandteile aus diesem Austausch seien in den Verträgen aufgenommen und weitergeleitet worden. Übrig geblieben sind - seiner Beurteilung nach - nur noch Kleinigkeiten, die geklärt werden müssen. Auch dem Kreisbeigeordneten des Wetteraukreises sind diese Vertragsentwürfe zugeleitet worden; eine Stellungnahme liegt noch nicht vor. - Als Fazit dieser vorangegangenen Aktivitäten würde er vorschlagen, die vorliegende Variante als „Rahmen“ zu beschließen und dass der Magistrat ermächtigt wird, auf dieser Grundlage weiterzuverhandeln.

Oliver Seuss richtet an den Bürgermeister noch einmal seine bereits in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 29.04.2013 gestellten Fragen:

Wann ist die Übertragung der Verantwortlichkeit der Tätigkeiten von „Mäusezahn“ an den Elternverein beantragt worden ?

Wann hat der Wetteraukreis dem Anhang zur Übertragung von Verantwortlichkeiten an den Elternverein stattgegeben ?

Antwort Dr. Hertel : Diese Fragen habe er an den Kreisbeigeordneten vor der Sitzung weitergeleitet und ihn gebeten, hierzu Stellung zu nehmen.

Seine Antwort war : Dieser Antrag wurde seinerzeit eingereicht und genehmigt. Auf dieser Basis wird „Mäusezahn“ nunmehr seit Jahren gefördert. Die genauen Daten habe er (der Bürgermeister) jetzt nicht vorliegen, wird sie aber morgen per Mail mitteilen.

Michael Hahn moniert die vom Bürgermeister heute gewünschte Beschlussfassung zu der Vertragsvariante als „Rahmen-Vorgabe“, womit der Magistrat mit Herrn Werner weiterverhandeln könnte. Er weist auf die Tragweite hin und auch darauf, dass hier Ausarbeitungen von Herrn Gosebruch herangezogen werden.

Nach weiteren Wortmeldungen von Dr. Dirk Schneider mit der Frage, warum der Mietvertrag nicht gleich zwischen „Mäusezahn e.V.“ und dem Vermieter abgeschlossen wird, hat sich Achim Saßmannshausen dafür ausgesprochen, dass dem Vertrag heute zugestimmt werden soll.

Markus Nikleniewicz hat eine ausführliche Stellungnahme seiner Fraktion B`90 / Grüne vorgetragen. Rückblickend auf die jahrelangen Bemühungen, die Zuständigkeit für die Betreuungsschule „Mäusezahn“ zu klären, sieht man nun mit der Aussage von Herrn Betschel-Pflügel, dass es sich hier um eine Einrichtung nach dem Hessischen Schulgesetz handelt, eine gemeinsame Basis. Hiernach wird man sich orientieren und an den bereits unterbreiteten Bedingungen und Vorschlägen festhalten.

Man würde auch offen bleiben, über eine **kurzfristige** Einrichtung in geeigneten Räumlichkeiten (im Anwesen Werner --- Mietkostenaufteilung wie vorgeschlagen) zu diskutieren und gegebenenfalls zustimmen.

Gerhard Einhoff bezieht sich auf die vorherigen Redebeiträge und fügt noch an, dass es hier auch um die Rechtssicherheit geht, wonach man sich orientieren sollte, da die Kostenfrage ein wichtiger Aspekt ist. Er meint auch, dass hierfür „alle Hausaufgaben“ noch nicht gemacht wurden.

Michael Hahn gibt ergänzende Hinweise zu den anstehenden Beschlussfassungen zu Punkt a) und Punkt b) und macht deutlich, warum man (die CDU-Fraktion) anderer Meinung ist.

Dr. Hertel greift die Fragestellung von Dr. Schneider auf. Über den Vertragsabschluss sei mit Herrn Werner gesprochen worden und dieser habe zum Ausdruck gebracht, dass er lieber mit der Stadt als direkter Vertragspartner abschließen möchte; warum hat er auch begründet.

Zu den Ausführungen von Herrn Nikleniewicz sagt Dr. Hertel, dass die Frage der Zuständigkeit durch eine übergeordnete Stelle juristisch noch zu klären ist. Hieraus könne man keinen Vorwurf ableiten, dass bisher nicht ausreichend informiert worden sei. Das entsprechende Ministerium wurde angeschrieben, eine Stellungnahme liegt noch nicht vor.

Weiterhin verweist der Bürgermeister auf Presseveröffentlichungen, dass in anderen Kommunen ähnliche Probleme vorhanden sind und wie der Wetteraukreis darüber entschieden hat.

Abschließend hat er Herrn Hahn zugestimmt, dass man den vorliegenden Antrag „anders formulieren“ sollte und hat unterbreitet, wie dieser lauten könnte:

Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, im Rahmen der beiden vorliegenden Entwürfe eines Hauptmietvertrages und eines Untermietvertrages mit dem Eigentümer des Anwesens Werner und mit der Betreuungsschule „Mäusezahn“ weiterhin zu verhandeln.

Gleichzeitig sollte bei diesen Verhandlungen der Wetteraukreis mit hinzugezogen werden, um hier eine Abstimmung mit dem Kreis herbeizuführen.

Dieter Eisenberg zitiert Regelungen und Gesetzestexte, die in den vorliegenden Streitfragen relevant sind. Die pädagogische Verantwortung und Oberleitung liege beim Kreis. Das Geld soll auf dem Schulgelände investiert werden, hat er noch einmal ausdrücklich betont.

Florian Porth beantragt für die CDU-Fraktion **eine kurze Sitzungsunterbrechung für Beratungen - dem auch stattgegeben wurde.**

Dr. Dirk Schneider fasst zu Beginn seiner Wortmeldung zusammen, dass es wohl im Interesse aller sei, eine kurzfristige Lösung für die Betreuung unserer Kinder zu finden, also noch vor einer eventuellen Gerichtsentscheidung, die erfahrungsgemäß lange dauern kann. Er schlägt daher folgenden Antrag vor:

Punkt a)

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die derzeitigen Entwürfe des Pachtvertrages und des zugehörigen Unterpachtvertrages zur Kenntnis.

Punkt b)

(*stark angelehnt an den Entwurf B`90 / Grüne*)

Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Kreis in Verhandlung zu treten, in welcher Form kurzfristig Räume auf dem Gelände der Geschwister-Scholl-Schule Assenheim für die Betreuungsschule „Mäusezahn“ einzurichten sind (Umzug „Mäusezahn“ auf dem Schulgelände).

Punkt c)

Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Kreis zu verhandeln, dass dieser die Mietkosten anteilig übernimmt, unabhängig von dem derzeitigen Regelzuschuss. Weiterhin soll der Kreis die Betriebskosten entsprechend der Regelung übernehmen, als wenn die Einrichtung direkt auf dem Schulgelände untergebracht wäre.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte:

zu Punkt a)

Ergebnis: 22 Ja- 2 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = so beschlossen

zu Punkt b)

Ergebnis: 15 Ja- 10 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

zu Punkt c)

Ergebnis: 23 Ja- 3 Nein-Stimmen (keine Enthaltung) = so beschlossen

- Reinhard Schwarz nimmt wieder an der Sitzung teil -

(4) Haushalt 2013 - Beschlussfassung über:

a) den Ergebnishaushalt

b) den Investitionshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung

c) den Stellenplan

d) das Haushaltssicherungskonzept

e) die Haushaltssatzung 2013

Gerhard Einhoff berichtet, dass über die vorgenannten Punkte in der HuF Sitzung beraten wurde. Die danach erfolgte Abstimmung brachte folgendes Ergebnis:

Punkt a) Ergebnishaushalt

Dafür 5 Stimmen 1 Gegenstimme 1 Enthaltung = somit Empfehlung, dem Ergebnishaushalt zuzustimmen.

Dr. Dirk Schneider schließt sich mit seiner Kritik den bereits von Dieter Eisenberg vorgebrachten Argumenten an und erläutert, warum er diesem Ergebnishaushalt ebenfalls nicht zustimmen kann.

Achim Saßmannshausen äußert sich positiv und bringt zum Ausdruck, dass man jetzt „auf dem richtigen Weg sei“.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Punkt a)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 11 Ja- 8 Nein-Stimmen 8 Enthaltungen = so beschlossen

Punkt b) Investitionshaushalt und mittelfristige Finanzplanung

Gerhard Einhoff sagt, dass auch über diesen Punkt beraten und anschließend mit 5 Stimmen dafür und 2 Gegenstimmen für eine Empfehlung abgestimmt wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Punkt b)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 11 Ja- 7 Nein-Stimmen 9 Enthaltungen = so beschlossen

Punkt c) Stellenplan

Gerhard Einhoff berichtet, dass auch hierüber beraten und abgestimmt wurde: mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung = somit Empfehlung aus dem HuF.

Michael Hahn bittet den Bürgermeister um Erläuterungen zu dieser Position.

Dr. Hertel erklärt, dass wir die Dienste der Treuhand nutzen wollen, da der Ausfall eines Mitarbeiters doch länger dauert, als zuerst angenommen und hierüber auch schon einvernehmlich abgestimmt wurde. Zum anderen sei die Stelle noch nicht ausgeschrieben; wir sind hier mit anderen Gemeinden in Verhandlung, ob nicht durch Zusammenlegung bestimmter Tätigkeiten eine Einsparmöglichkeit gegeben ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Punkt c)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 15 Ja- 3 Nein-Stimmen 9 Enthaltungen = so beschlossen

Punkt d) Haushaltssicherungskonzept

Gerhard Einhoff berichtet, dass über das Haushaltssicherungskonzept in mehreren Sitzungen durch eine Arbeitsgruppe im HuF diskutiert wurde. Es konnte zu allen „Schnittmengen“ kein Konsens gefunden werden und es sind daher noch weitere Beratungen notwendig; daher kann heute keine Empfehlung ausgesprochen werden.

Punkt e) Haushaltssatzung 2013

Gerhard Einhoff berichtet, dass über diesen Punkt beraten und abgestimmt wurde. Für die Empfehlung gab es 3 Ja- 1 Nein-Stimme 3 Enthaltungen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Punkt e)** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 11 Ja- 9 Nein-Stimmen 7 Enthaltungen = so beschlossen

P a u s e : 21:30 - 21:40 Uhr

(5) Beschluss einer Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei

Da hierzu keine Wortmeldungen gewünscht wurden, lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer dieser Benutzungs- und Gebührenordnung seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = somit so beschlossen

(6) Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Jahre 2014 bis 2018

Der Stadtverordnetenvorsteher benennt die Personen aus den gemeinsamen Wahlvorschlägen wie folgt:

Christian Osmalz	Niddatal, Kurt-Schumacher-Str. 30e
Andreas Momberger	Niddatal, Schlesienring 25
Ursula Einhoff	Niddatal, Breslauer Str. 7
Herbert Porth	Niddatal, Raiffeisenstr. 9
Norbert Schmidt	Niddatal, Köpperner Str. 6
Rita Wolf	Niddatal, Liebigstr. 1

Nachdem hierzu keine Änderungswünsche vorgetragen werden, lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer dieser Nominierung seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

- (7) Bebauungsplan I 11 „An der Steinkaute“ Niddatal – Ilbenstadt 1. Bauabschnitt**
- a) Beratung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen und Beschlussfassung hierzu**
 - b) Beschluss des Entwurfes zur Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB**
- (8) Baugebiet I 8 „Burg-Gräfenröder-Straße“ Niddatal – Ilbenstadt**
- a) Erweiterung des Baugebietes**
 - b) Aufstellung eines Bebauungsplanes**
- (9) Einbeziehungssatzung „Bitzgärten“ Niddatal – Bönstadt**
- a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu**
 - b) Satzungsbeschluss**
- (10) Erste Änderung des Bebauungsplanes A 7 „Am Amalienschloß“ Niddatal-Assenheim**
- a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu**
 - b) Beschluss des Entwurfes zur erneuten Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB in Verbindung mit § 4a (3) BauGB**

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, dass die TOP 7, 8, 9, 10 - die Punkte a) und b) - nach den Berichten aus dem BauA - **en bloc abgestimmt** werden. - Hierzu erhebt sich kein Widerspruch.

Florian Porth berichtet, dass über die vorgenannten Punkte in der Sitzung des BauA am 27.05.2013 beraten und abgestimmt wurde wie folgt:

Punkt 7 = 7 Ja-Stimmen 1 Enthaltung

Punkt 8 a), 9, 10 = wurden einstimmig positive Beschlussempfehlungen gegeben.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte:

zu den Punkten 7, 8, 9, 10 - jeweils a)

Ergebnis: 23 Ja-Stimmen 4 Enthaltungen = so beschlossen

zu den Punkten 7, 8, 9, 10 - jeweils b)

Ergebnis: 23 Ja- 1 Nein-Stimme 3 Enthaltungen = so beschlossen

**(11) Neunte Änderung des Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“
Niddatal – Assenheim - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB**

Florian Porth berichtet, dass in der letzten BauA Sitzung dieser Punkt behandelt und nach Abstimmung mit 8 Ja-Stimmen eine positive Beschlussempfehlung ausgesprochen wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem TOP 11 wie vorgenannt seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen = so beschlossen

**(12) Antrag der SPD-Fraktion
Jugendtreff Assenheim**

Achim Saßmannshausen legt ausführlich dar, warum die SPD-Fraktion sich für dieses Thema stark macht. Sie stellt daher den Antrag, dass der Magistrat beauftragt werden soll zu prüfen, welche Maßnahmen und Kosten erforderlich sind, einen Jugendtreff einzurichten (z.B. am alten Inlinerplatz).

Dennis Brechtel erklärt für seine Fraktion, dass man diesen Antrag unterstützen werde, jedoch möchte man sich nicht auf den vorgeschlagenen „alten Inlinerplatz“ festlegen. Hier sollte nach anderen Alternativen Ausschau gehalten werden.

Florian Porth teilt hierzu noch mit, dass das Dekanat über mehrere Jahre zwei Container für die Stadt Niddatal freigehalten hat; die Stadt hätte hierüber verfügen können. Leider war es bisher nicht möglich gewesen, dafür einen geeigneten Standort zu finden. Ein entsprechender Beschluss sei schon getroffen worden, aber ohne Umsetzung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Änderungsantrag: zu prüfen, ob ein alternativer Standort gefunden werden kann - seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja- 1 Nein-Stimme 2 Enthaltungen = so beschlossen

**(13) Antrag der SPD-Fraktion:
Verkehrsberuhigung Altenstädter Straße**

Achim Saßmannshausen hat den SPD-Antrag vorgetragen und erläutert. Der Magistrat möge prüfen und mit den betroffenen Behörden abstimmen, inwieweit verkehrsberuhigte Maßnahmen an den beschriebenen Örtlichkeiten umgesetzt werden können.

Dr. Dirk Schneider hat hierzu Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass bereits vor 6 Monaten ein entsprechender Antrag mit Unterschriftsliste bei der Stadt eingereicht wurde. Danach habe man vor ca. 2 Monaten an diesen Vorgang erinnert.

Bürgermeister Dr. Hertel bestätigt, dass über dieses Anliegen mit dem Kreis inzwischen diskutiert wurde. Leider konnten wir keine Zusage erhalten, dass für eine solche Verkehrsberuhigung Gelder bereitgestellt werden.

Dieter Eisenberg äußert sich ebenfalls zu diesem Thema. Er zieht Beispiele heran, die seiner Ansicht nach nicht das gebracht haben, was bewirkt werden sollte und nur in einigen Ausnahmen sei eine Verkehrsberuhigung tatsächlich erreicht worden. Den vorliegenden Antrag halte er nicht für sehr dringlich und würde ihn daher auch nicht befürworten.

Gerhard Einhoff interpretiert die Aussage des Bürgermeister bereits als Ablehnung des Antrages und hält es nicht für sinnvoll, hierüber noch weiter zu diskutieren.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem vorliegenden SPD-Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 11 Ja- 15 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit abgelehnt

**(14) Antrag der SPD-Fraktion:
Verkleinerung des Stadtparlaments**

Achim Saßmannshausen hat den SPD-Antrag ausführlich begründet und dargelegt, dass über dieses Thema schon in den Ausschüssen diskutiert wurde. Ursprünglich sei er gegen eine Verkleinerung des Parlaments gewesen, erkenne aber inzwischen die Notwendigkeit, dass bei dem Diktat der Kosteneinsparungen auch hier angesetzt werden kann. Eine Reduzierung der Mitglieder würde zwangsläufig nicht die Leistungsfähigkeit des Parlaments beeinträchtigen, meint er abschließend.

Michael Hahn hat nach Rücksprache mit Roland Gosebruch (der heute nicht anwesend ist) vorgetragen: Wenn die SPD Kosten einsparen will, kann sie beantragen, dass die Sitzungsgelder z.B. sofort gekürzt werden, was sicherlich ein Einsparungseffekt ausmachen würde. Der andere Vorschlag, die Mitgliederzahl des Parlaments und der Ausschüsse zu verkleinern, kann laut unserer Geschäftsordnung mit einem entsprechenden Änderungsantrag in die Wege geleitet werden. Frühestens wirksam werden kann dies allerdings erst ab 2016, da nach § 62 HGO und § 30 unserer Geschäftsordnung dann für die neue Legislaturperiode die Mitgliederzahl bestimmt werden muss und ebenso die neuen Mitglieder dafür zu wählen sind. Dies hat zur Folge, dass bei einer Verkleinerung des Parlaments die Anzahl der Ortsbeiräte festzulegen ist, fügt Michael Hahn noch an.

Die CDU-Fraktion sieht keinen Anlass, den gestellte SPD-Antrag zu unterstützen.

Ebenso schließt sich Matthias Feige an, dass die FWG den SPD-Antrag nicht unterstützen werde, allerdings aus anderen Gründen. Die Idee findet man gut, konstruktivere Zusammenarbeit zu wollen.

Dr. Dirk Schneider hat geäußert, dass er dem SPD-Antrag zustimmen könnte, da er Bestrebungen Kosten einzusparen befürwortet und unterstützt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem SPD-Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 9 Ja- 16 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = somit abgelehnt

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, hat der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann um 22:20 Uhr die heutige Sitzung für beendet erklärt. Er bedankt sich wieder für die rege Mitarbeit und wünscht allen Beteiligten einen guten Nachhauseweg.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin